

Evangelisches Schulzentrum in Osnabrück

# Der Staat mogelt sich aus seiner Verantwortung



Foto: Grete Janssen

In Osnabrück soll ein evangelisches Schulzentrum gegründet werden. Mit der geplanten Privatisierung wird sich die Tendenz zu Schulen erster und zweiter Klasse verstärken.

Wie bereits vor den Sommerferien bekannt wurde, möchte die Evangelisch-Lutherische Landeskirche nicht länger „außen vor“ stehen und als privater Schulträger an weiteren vier Standorten in Niedersachsen von sich Rede machen. Geplant ist die Übernahme zweier staatlicher Schulen in Wolfsburg und Osnabrück sowie die Neugründung zweier Gymnasien im Landkreis Gifhorn bzw. Nordhorn (EuW 6/7-2007). Dieses Ansinnen ist von der Niedersächsischen Landesregierung ganz schnell und ganz positiv im Sinne von Bischöfin Käbmann als Vertreterin der Kirche beschieden worden.

Was das heißt und welche „Blüten“ die einmal mehr verfehlte Schulpolitik der CDU/ FDP-Regierung treibt, lässt sich gut verdeutlichen, wenn man beispielsweise die Situation in Osnabrück näher betrachtet. Das „Objekt der Begierde“ ist ein Schulzentrum mit zwei selbstständigen Schulen (HS, RS) sowie der Außenstelle eines Gymnasiums (bis Klasse 10) im Stadtteil Eversburg. Der Standort gilt – wegen eines erhöhten Anteils an Kindern von Sinti und Roma – als nicht unproblematisch.

## Objekt der Begierde

Die evangelische Kirche will den Status der Dreigliedrigkeit erhalten. Dabei böte sich gerade hier vor dem Hintergrund der sozialen Probleme die Errichtung einer Gesamtschule an. Dies entspräche sicher dem Willen vieler Eltern. Die einzige Gesamtschule der Stadt musste immerhin mehr als 170 Viertklässler bei der Anmeldung zu den weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2007/2008 abweisen.

Bezüglich der Übernahme sowie Unterhaltung der Gebäude verhandelt die Stadt Osnabrück als Schulträger nach einem Ratsbeschluss demnächst mit der Kirche. Dabei ist nicht klar, wer gerade diesen Standort ins Spiel gebracht hat und warum. Betroffene Eltern aus den angrenzenden Stadtteilen wurden nie dazu befragt. Sie erfuhren von den Plänen lediglich aus der örtlichen Presse. In Zusammenkünften äußerten sie durchaus auch ihr Unverständnis über die Umwandlung „funktionierender staatlicher (Stadtteil-) Schulen in konfessionsgebundene Privatschulen“.

## Eltern äußern Unverständnis

Auch die von ihnen geäußerte Besorgnis über das Konzept der Schulen verhallt im Nichts. Klar, dass für die Landeskirche die Vermittlung christlicher Werte im Vordergrund steht. Zwar soll es für Muslime – bei ausreichendem Bedarf – Islam-Unterricht geben. Aber die rund 30 Prozent Konfessionsfreien im Einzugsbereich werden übersehen, ihr Anspruch auf eine neutrale Wertevermittlung (z. B. Werte und Normen-Unterricht, Philosophie) wird ignoriert. Mehr noch: Bei einem christlichen Träger werden anders- oder nichtgläubige Eltern vor die Frage gestellt oder genötigt, entweder die konzeptionell christliche Unterweisung hinzunehmen oder die Kinder auf eine andere (nicht gewünschte) Schule zu schicken.

Sehr großzügig zeigt sich das Land Niedersachsen in punkto Personalkosten: Die zurzeit im Schulzentrum tätigen Lehrerinnen

und Lehrer werden dem neuen „Dienstherren“ unter Fortzahlung der Bezüge zur Verfügung gestellt. Trotz dieser lukrativen Sonderstellung wird die Landeskirche – wie andere private Träger auch – für den Besuch Schulgeld erheben.

„Eltern lehnen die Zahlung ab, denn sie erwarten in ihrem Stadtteil eine Gleichbehandlung gegenüber allen anderen Stadtteilen, wo Schulen ohne Schulgeld vorgehalten werden – und wie in Eversburg bislang auch“, äußerten sich betroffene Schulelternratsmitglieder in einem vom SPD-Ortsrat organisierten Treffen. Mehr noch: Mit der geplanten Privatisierung verstärkt sich die Tendenz zu Schulen erster und zweiter Klasse. Wer etwas auf sich hält und es sich leisten kann, schickt sein Kind in die Privatschule, für Kinder aus sozial schwachen Familien bleibt eine staatliche „Restschule“ in einem anderen (weiter entfernten) Stadtteil.

Diese Entwicklung wird die Hauptschulen der Stadt Osnabrück noch in besonderem Maße treffen. Da im kommenden Schuljahr lediglich 10 Prozent der Schüler des 5. Jahrgangs eine Hauptschule besuchen, werden die vier HS-Standorte weiter ausbluten und die soziale Selektion wird massiv voranschreiten. Die Gründung eines privaten evangelischen Schulzentrums wird dies durch die elitäre Filterung nochmals verstärken. Die verbleibenden staatlichen Hauptschulen werden zu sozialen Brennpunkten nach dem „Vorbild“ deutscher Großstädte.

## Zahlung von Schulgeld stößt auf Ablehnung

Äußerst problematisch ist die geplante Errichtung des evangelischen Schulzentrums auch für die Osnabrücker Stadtrandgemeinden. In einem Artikel „Garantie für Ausbildungsplatz soll Schüler anlockern“ wurde über die Vorortgemeinde Belm berichtet. Danach wandern jetzt schon zwei Drittel der Haupt- bzw. Realschulempfohlenen von dort zu Schulen in kirchlicher Trägerschaft in die Stadt Osnabrück ab. Dieser Trend gefährdet somit den Bestand einer wohnortnahen Schule. Überlegungen von Politikern, um die Gunst der Abwanderungswilligen mit einer Ausbildungsplatzgarantie zu buhlen, sind da ein beschämendes Armutszeugnis. Und vor dem Hintergrund eines weiteren kirchlichen Schulzentrums ein alarmierendes Zeichen dazu.

Aber das scheinbar Paradoxe macht Sinn. Der Beschluss der Landesregierung für vier Schulen in evangelischer Trägerschaft ist der deutliche Beweis dafür, dass sich die Politik immer weiter aus der Verantwortung für ein staatliches Schulwesen zurückzieht. Es wäre deshalb wichtig und dringend notwendig, dass die Landtagsabgeordneten aller Parteien Herrn Wulff und Herrn Busemann endlich die Gefolgschaft in Sachen Schulpolitik aufkündigen. Sie sollten ihnen deutlich die Rote Karte zeigen für eine Schulpolitik, die sich trotz aller wissenschaftlichen Untersuchungen ein gegliedertes Schulwesen leistet, das Schülerinnen und Schüler selektiert in Begabte und Nichtbegabte und die Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen mehr und mehr privaten Trägern und Sponsoren aus der Wirtschaft überlässt. GRETE JANSSEN